

Abschlussbericht

01. August 2013

**„Die Stadt Köln als kommunaler Akteur im EU-Mehrebenensystem (euconet)
 nach dem Vertrag von Lissabon.**

**Neue Opportunitätsstrukturen und Netzwerkstrategien zur europäischen
 Politikgestaltung: am Beispiel der Stadt Köln“**

Inhalt

I.	Projekttitel	2
II.	Durchführende Einrichtungen	2
III.	Berichtszeitraum	2
IV.	Bewilligungsnummer	3
V.	Beschreibung	3
A.	Zeitlicher Ablauf des Projektes	3
B.	Teilnehmer	3
C.	Durchführung	3
1.	Explorative Phase	3
2.	Erstes Treffen der Expertenrunde	4
3.	Anpassung des Forschungsdesigns	5
4.	Durchführung der empirischen Erhebungen der Netzwerkanalyse	6
5.	Durchführung der Vertrags- und Dokumentenanalyse	7
6.	Durchführung der Experteninterviews	8
7.	Erste Ergebnisse	8
8.	Durchführung einer zweiten Expertenrunde	9
9.	Vorstellung der Ergebnisse „Netzwerk Daseinsvorsorge in Köln“	9
10.	Präsentation der Ergebnisse im Ratsausschuss „AVR“	9
11.	Verschriftlichung und Publikation der Forschungsergebnisse	9
D.	Finanzen	10
E.	Öffentlichkeitsarbeit	10
II.	Ergebnisse und Ausblick	10
III.	Executive Summary	11
IV.	Anlage	12

I. Projekttitle

„Die Stadt Köln als kommunaler Akteur im EU-Mehrebenensystem (euconet) nach dem Vertrag von Lissabon. Neue Opportunitätsstrukturen und Netzwerkstrategien zur europäischen Politikgestaltung: am Beispiel der Stadt Köln“

II. Durchführende Einrichtungen

Universität zu Köln (Federführung)

Forschungsinstitut für politische Wissenschaft und europäische Fragen

Jean Monnet Lehrstuhl Prof. Wessels

Gottfried-Keller-Str. 6

50931 Köln

Fachhochschule Köln

Fakultät für Angewandte Sozialwissenschaften

Institut für angewandtes Management und Organisation in der Sozialen Arbeit (IMOS)

Forschungsschwerpunkt Sozial • Raum • Management

Mainzer Str. 5

50678 Köln

Das Projektteam bestand aus folgenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern:

Projektleitung

Prof. Dr. Dr. Herbert Schubert

Prof. Dr. Wolfgang Wessels

Wissenschaftliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Katharina Eckert, M.A.

Dipl. Soz. Christoph Heuer

Holger Spieckermann, M.A.

III. Berichtszeitraum

Projektzeitraum

01.04.2011 – 31.05.2013

Berichtszeitraum

01.04.2011 – 31.05.2013

IV. Bewilligungsnummer

W-10-2-004 (Universität zu Köln)

W-10-2-005 (Fachhochschule Köln)

V. Beschreibung

A. Zeitlicher Ablauf des Projektes

Das Projekt fand im Berichtszeitraum von April 2011 bis Mai 2013 fortlaufend statt. Der Projektzeitraum, der ursprünglich bis zum 30.03.2013 angesetzt war, wurde mit Bewilligung der RheinEnergieStiftung Jugend, Beruf/Wissenschaft für die Universität zu Köln kostenneutral um zwei Monate verlängert und endete somit am 31.05.2013. Durch die kostenneutrale Verlängerung wurden die Vorstellung der Ergebnisse im Rat der Stadt Köln sowie die Betreuung der Abschlusspublikation unterstützt.

B. Teilnehmer

Zur ersten Expertenrunde (im Projektantrag „Beirat“) des Projektes gehörten insgesamt zwölf externe Teilnehmer, zur zweiten Expertenrunde gehörten insgesamt fünf externe Teilnehmer. Des Weiteren wurden in der explorativen Phase mit vier relevanten Akteuren qualitative Interviews und in der Erhebungsphase 18 Experteninterviews in Brüssel, Köln und Düsseldorf geführt. An der Fachtagung zum Auftakt des Netzwerks Daseinsvorsorge, bei der die Ergebnisse des Projektes vorgestellt wurden, nahmen ca. 100 Personen teil. Des Weiteren wurden die Forschungsergebnisse dem Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales der Stadt Köln vorgestellt.

Die Expertenrunde wurde dem Projektantrag gemäß durchgeführt und stellt die Nachhaltigkeit des Forschungsprojektes sicher. Die Vorstellung und Diskussion der Projektergebnisse im Rahmen des Netzwerkes Daseinsvorsorge und des Ratsausschusses stellt eine über den Projektantrag hinausgehende wertvolle Erweiterung des Teilnehmerkreises dar und verstärkt so die Nachhaltigkeit des kommunalen und überregionalen Wissenstransfers.

C. Durchführung

Folgende Arbeitsschritte wurden zwischen April 2011 und Mai 2013 durchgeführt:

I. Explorative Phase

Die erste Phase des Projektes diente der explorativen Erhebung. Das Feld wurde sondiert und es wurden umfangreiche Recherchen und Analysen zum Thema der kommunalen Daseinsvorsorge und Europabetroffenheit durchgeführt. Es stellte sich besonders die Frage, in welchen Politikbereichen Kommunen im Allgemeinen und die Stadt Köln als kommunaler Akteur im Speziellen besonders von europäischer Gesetzgebung betroffen sind. Hierfür wurden zum einen poli-

tikwissenschaftliche und juristische Fachliteratur sowie der Vertrag von Lissabon analysiert. Zum anderen wurden Dokumente und Stellungnahmen von Kommunen, kommunalen Spitzenverbänden, kommunalen Netzwerken und europäischen und nationalen Institutionen herangezogen.

Einen zweiten Schwerpunkt der explorativen Phase bildete die Recherche der relevanten Schlüsselakteure für die Netzwerkerhebung. Es wurden insgesamt knapp 200 Akteure ermittelt, denen für europäische Themen eine Relevanz zuzuschreiben ist. Zur Ermittlung der relevanten Akteure fand unter anderem am 10. Mai 2011 ein Gespräch mit Herrn Frieder Wolf, Leiter des Europabüros der Stadt Köln, statt.

In Ergänzung zu der Dokumenten- und Vertragsanalyse und der Erhebung der Netzwerkakteure wurden insgesamt vier qualitative Interviews in der explorativen Phase durchgeführt. Auch diese verfolgten die Kernfragen nach der Europabetroffenheit der Stadt Köln und nach den relevanten Schlüsselakteuren für das europabezogene Netzwerk der Stadt Köln. Diese Kernfragen wurden in einem Interviewleitfaden umgesetzt. Die folgenden Akteure wurden befragt:

- Manfred Degen, Ausschuss der Regionen der Europäischen Union, Abgeordneter nationaler Sachverständiger, 30.06.2011, Brüssel.
- Philippe Godts, Europäische Kommission, verantwortlich für die Beziehungen zum Ausschuss der Regionen, 30.06.2011, Brüssel.
- Prof. Ralf von Ameln, ehem. Leiter des gemeinsamen Europabüros der deutschen kommunalen Spitzenverbände in Brüssel, 30.06.2011, Brüssel.
- Walter Leitermann, Leiter des Europabüros des Deutschen Städtetages, Stellvertreter der Generalsekretär und Leitung der Geschäftsstelle des Rates der Gemeinden und Regionen Europas, 07.07.2011, Köln.

2. Erstes Treffen der Expertenrunde

Im Rahmen der explorativen Projektphase fand am 18.07.2011, 14.00-17.00 Uhr, die erste Expertenrunde (im Projektantrag „Beirat“) statt.

Teilgenommen haben neben dem Forscherteam:

- Herr Dr. Lothar Becker (Stadt Köln, Rechts- und Versicherungsamt)
- Herr Harald Bürger (Verbindungsbüro der Stadt Wien, Brüssel)
- Herr Martin Flasche (NRW Staatskanzlei, Abteilung IV, Gruppenleiter Gruppe IV a, EU)
- Herr Winrich Granitzka (Rat der Stadt Köln, Fraktionsvorsitzender CDU)
- Frau Gabriele Klug (Stadtkämmerin Stadt Köln)
- Herr Walter Leitermann (Deutscher Städtetag Brüssel, RGRE)
- Frau Dr. Barbara Möhlendick (Stadt Köln, Amt des Oberbürgermeisters)
- Herr Rainer Plaßmann (Stadtwerke Köln)
- Frau Heide Rühle MdEP (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- Herr Stephan Santelmann (Amt für Soziales und Senioren der Stadt Köln)
- Herr Hans H. Stein (ehem. Leiter der Landesvertretung NRW in Brüssel)
- Frau Sabine Verheyen MdEP (CDU)

Es wurden zwei Fragestellungen diskutiert um den Forschenden einen Überblick über das Thema zu ermöglichen und die Fragen der Experten an die Wissenschaft im Forschungsprozess berücksichtigen zu können:

- Welche Auswirkungen hat die EU-Politik auf die Stadt Köln, gegebenenfalls aufgrund des Vertrags von Lissabon?
- Welche Mitwirkungsmöglichkeiten hat die Stadt Köln? Welche Anpassungsstrategien verfolgt sie? Wie ist sie vernetzt?

Im Ergebnis waren sich die Experten darüber einig, dass die kommunale Ebene wie die Stadt Köln sehr stark sowohl in ihrer politischen Eigenverantwortung, als auch als ausführende Instanz von europapolitischen Themen, Richtlinien und Anweisungen betroffen ist. Besonders betroffene Politikfelder zeichneten sich in der Diskussion nicht ab. Zwar wurde betont, dass vor allem die Bereiche Umwelt-/Klimaschutz und Daseinsvorsorge sowie das Beihilfe- und Vergaberecht als besonders bedeutsam für die lokale Politik einzustufen sind, es wurden insgesamt jedoch viele verschiedene von europäischer Politik betroffene Bereiche genannt. In diesem Zusammenhang wurde von einigen Experten angemerkt, dass sich trotz der großen „Europabetroffenheit“ der lokalen Ebene die städtischen Verwaltungen häufig nicht über die eigene Betroffenheit bewusst seien. Neben der städtischen Verwaltung seien vor allem Träger von Daseinsvorsorgeleistungen betroffen.

Die Vernetzungsstrategie Kölns wurde von den Experten als besonders positiv eingestuft. Köln sei Mitglied in über zwanzig internationalen Netzwerken. Teilweise wurde die Vernetzung aber als undurchsichtig wahrgenommen und es sei mitunter nur schwer zu durchschauen, welche Netzwerke existieren und wie effizient sie sind. Von der Studie erhoffen sich die Experten daher vor allem Ergebnisse und Handlungsempfehlungen in Bezug auf die Effizienz von Netzwerkarbeit und einer möglichst effektiven Nutzung der Verwaltungsressourcen bei der Vernetzung.

3. Anpassung des Forschungsdesigns

Nach der erfolgreich durchgeführten Expertenrunde am 18.07.2011 wurde das Forschungsdesign nach den neu gewonnenen Erkenntnissen modifiziert. Im Bereich der Dokumenten- und Vertragsanalyse kann das geplante Forschungsdesign ohne Änderungen übernommen werden. Durch die Aussagen der Experten wurde deutlich, dass die für eine Gesamtnetzwerkanalyse notwendige strikte Abgrenzung des Netzwerks aufgrund der Komplexität des Untersuchungsgegenstandes nur schwer zu realisieren ist. Es wurde entschieden, dass es zielführender sei, statt des gesamten Netzwerks die horizontalen und vertikalen Netzwerkpfade bis zur europäischen Ebene hin zu erheben und zu analysieren. Des Weiteren wurde entschieden, die Analysen – entgegen der ursprünglichen Planung im Forschungsantrag – nicht auf zwei im Vorhinein festge-

legte Politikfelder zu begrenzen. In der explorativen Phase konnte festgestellt werden, dass die Europabetroffenheit quer durch fast alle Aufgabenfelder kommunalen Handelns geht und nicht auf einzelne Politikfelder beschränkt werden kann. Dementsprechend wurden in allen Verwaltungsbereichen der Stadt Köln Netzwerkverbindungen in Bezug auf europäische Fragestellungen untersucht.

4. Durchführung der empirischen Erhebungen der Netzwerkanalyse

Die Erkenntnisse aus der Expertenrunde wurden bei der Planung des Erhebungsinstrumentes berücksichtigt. Es wurde ein Fragebogen entwickelt, mit dem die Netzwerkstrategie, die Europabetroffenheit sowie die Europafähigkeit der Stadt Köln erhoben wurde. Die Befragung wurde telefonisch durchgeführt, da diese Befragungsform unter Führungskräften eine besonders hohe Akzeptanz erfährt. Der Fragebogen wurde in drei Abschnitte unterteilt. Zu Beginn wurde abgefragt, von welchen europäischen Gesetzen, Verordnungen oder Politikbereichen sich die befragten Akteure subjektiv am stärksten betroffen fühlen. Da eine Europabetroffenheit nicht zwangsweise negativ sein muss, wurden die genannten Themenfelder von den Befragten anschließend bewertet.

Der zweite Abschnitt des Fragebogens diente der Analyse der Netzwerkstrategien, mit der die Akteure der Stadt Köln auf die Europabetroffenheit reagieren. Hierzu war es notwendig, die kompletten horizontalen und vertikalen Netzwerkpfade Kölner Akteure in Bezug auf die jeweilige Europabetroffenheit nachzuzeichnen. Zur Erhebung der Netzwerkpfade zwischen der Kölner Stadtverwaltung und den Entscheidungsträgern in Brüssel wurde nach dem Schneeballverfahren vorgegangen. Hierbei wird eine anfänglich nur geringe Auswahl an Akteuren nach ihren zentralen Kontakten und Ansprechpartnern befragt. Die genannten Akteure werden ebenfalls kontaktiert, um auch die Kontakte der zweiten Ebene zu erfassen und so fort. Begonnen wurde mit den Dezernenten der Stadt Köln als Repräsentanten der Stadtverwaltung, dem Büro für internationale Angelegenheiten der Stadt Köln sowie dem Ausschuss für „Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales“, in welchem Mitglieder aller Ratsfraktionen vertreten sind. Die Akteure dieser ersten Auswahl wurden telefonisch und mit dem standardisierten Fragebogen danach befragt, mit welchen Akteuren sie zwecks Informationsbeschaffung, Informationsverbreitung oder Einflussnahme in Bezug auf europäische Themen regelmäßig in Kontakt stehen. Sie konnten dabei bis maximal zehn der für sie wichtigsten Akteure und Institutionen benennen. Zu den ersten fünf der genannten Akteure wurden weitere Fragen gestellt, wie z.B. die Kontakthäufigkeit, die Kontaktrichtung oder die Art des Kontaktes. Durch dieses Vorgehen wurden die in Bezug auf europäische Fragestellungen besonders relevanten Akteure und ihre wichtigsten Netzwerkknoten bis zu den Entscheidungsträgern in Brüssel ermittelt. Es wurden Akteure aus folgenden Institutionen in die Erhebung miteinbezogen:

- Büro des Oberbürgermeisters und das Büro für internationale Angelegenheiten der Stadt Köln
- Dezernate I bis VII der Stadt Köln
- Rechts- und Versicherungsamt der Stadt Köln

- Zentrales Vergabeamt der Stadt Köln
- Kämmerei der Stadt Köln
- Umweltamt der Stadt Köln
- Ausschuss „Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales“
- Stadtwerke Köln
- Region Köln/Bonn e.V.
- Europe Direct Informationszentrum Köln und Neuss
- Zentrum für Europäische Integrationsforschung der Universität Bonn
- Deutsches Institut für Urbanistik
- NRW Landesregierung (Wirtschaftsministerium, Staatskanzlei und die Landesvertretung in Brüssel)
- Deutscher Städtetag (DST)
- Ausschuss der Regionen (AdR)
- Europäisches Parlament
- Europäische Kommission (und deren Regionalvertretung in Bonn)
- Deutscher Städte und Gemeindebund NRW (DstGB)
- Landkreistag NRW (LKT)

Der dritte und letzte Abschnitt des Fragebogens enthält Fragen zur Erhebung der Europafähigkeit und der Anpassungsleistungen an europäische Herausforderungen. Die gewonnenen Informationen ergeben eine Landkarte der horizontalen und vertikalen Netzwerkpfade zwischen der Stadt Köln und der Europäischen Union, also der Wege und Knoten, über die europapolitisch relevante Informationen ausgetauscht werden oder über die kommunalen Akteure versuchen, an der europäischen Gesetzgebung zu partizipieren. Die Auswertung der Netzwerkdaten erfolgte anhand mathematischer Kennzahlen, die mit Verfahren der Graphentheorie errechnet wurden.

Die Erkenntnisse bestätigen die zentrale Bedeutung des Büros für Internationale Angelegenheiten für die Europaarbeit der Stadt Köln. Alle Kölner Dezernate verweisen hinsichtlich europapolitischer Themen und Fragestellungen auf das beim Oberbürgermeister angesiedelte Büro. Besonders betroffene Ämter innerhalb der Dezernate unterhalten zwar auch eigene Kontakte zu Institutionen außerhalb Kölns, nutzen diese aber primär zur Informationsbeschaffung und weniger zur Einflussnahme. Weitere zentrale Knotenpunkte auf dem Weg zu den europäischen Institutionen sind die Region Köln/Bonn e.V., die NRW Landesregierung und der Deutsche Städtetag.

5. Durchführung der Vertrags- und Dokumentenanalyse

Die Dokumenten- und Vertragsanalyse wurde dem Forschungsdesign entsprechend vorbereitet. Es wurden verschiedene Dokumente der europäischen Institutionen, der Landesregierung und der Stadt Köln genutzt, beispielsweise die Geschäftsanweisung Internationale Angelegenheiten, der Jahresbericht des Europabüros und Protokolle aus verschiedenen Sitzungen mit Europabe-

zug. Des Weiteren wurde der Vertrag von Lissabon auf seine Auswirkungen für deutsche Kommunen hin analysiert. Erste Ergebnisse zeigten die formalen Verbindungen der Stadt Köln zu europäischen Themen. Erhoben wurden zum einen die Anbindung des Büros für Internationale Angelegenheiten der Stadt Köln nach außen, zum anderen die internen Verfahren zur Zusammenarbeit zu europäischen Themen der Stadt Köln.

In der Zusammenführung der ersten Ergebnisse aus der Netzwerk- und der Dokumentenanalyse zeigten sich bemerkenswerte Abweichungen zwischen formalen Regelungen und gelebter Praxis. Diese wurden anschließend weiter ausgewertet und analysiert.

6. Durchführung der Experteninterviews

Die qualitativen Interviews wurden mit einem semi-strukturierten Leitfaden geführt und nach Prinzipien der qualitativen Inhaltsanalyse ausgewertet. Die nach dem Schneeballprinzip ausgewählten Interviewpartner vertraten folgende Einrichtungen: Büro für internationale Angelegenheiten der Stadt Köln, Bürgermeister/-innen der Stadt Köln, Mitglieder des Europäischen Parlaments, Mitarbeiter/-innen der Europäischen Kommission, Mitarbeiter/-innen des Ausschusses der Regionen, Staatskanzlei des Landes Nordrhein-Westfalen und Landesvertretung Nordrhein-Westfalen in Brüssel, Deutscher Städtetag, Rat der Gemeinden und Regionen Europas, Europabüro der Region Stuttgart, Europabüro der bayrischen, baden-württembergischen und sächsischen Kommunen in Brüssel.

7. Erste Ergebnisse

Die ersten Ergebnisse zeigen, dass Europa und die Rolle der Kommunen in der Europäischen Union innerhalb der Stadt Köln und in Nordrhein-Westfalen nur partiell ein wichtiges Thema ist. Obwohl durchaus eine Europabetroffenheit vor allem in den Bereichen der Daseinsvorsorge besteht, fehlt es häufig an der notwendigen Sensibilität für dieses Thema und damit auch an finanziellen, personellen und zeitlichen Ressourcen, die für eine aktive Europa- und Netzwerkarbeit erforderlich wären. Aber auch sprachliche Hemmnisse erschweren häufig die Kontaktaufnahme zu Akteuren in Brüssel. Diejenigen Akteure, die sich mit europäischen Themen auseinandersetzen, tun dies allerdings sehr engagiert und haben eigenständige Kontakte zu europäischen Themen – auch direkt in Brüssel – knüpfen können. Die Stadt Köln als kommunaler Akteur im europäischen Mehrebenensystem verfügt sogar über eine recht gelungene außenstrategische Vernetzung. Sie ist mit den einflussreichsten Akteuren des untersuchten Pfadnetzwerks verbunden, was ihr eine strategisch wichtige Position sichert. Bis auf einige selbstständig nach außen vernetzte Fachabteilungen ist die binnenstrategische Vernetzung der Stadt Köln auf das Büro für internationale Angelegenheiten ausgerichtet, welches als Gatekeeper die Europaarbeit und die Vernetzung zu diesem Thema kontrolliert.

Der Vertrag von Lissabon kann zwar wegen der Verankerung der kommunalen Selbstverwaltung und den Änderungen zum Subsidiaritätsprinzip im Allgemeinen als Meilenstein für die deutschen

Kommunen gesehen werden. Gleichzeitig schlagen sich diese Änderungen bzw. Neuerungen aber nicht direkt im kommunalen Handeln nieder. Kommunale Akteure nehmen keinen Wandel ihrer Tätigkeit nach dem Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon wahr.

8. Durchführung einer zweiten Expertenrunde

Die ersten Ergebnisse und darauf basierende Handlungsoptionen wurden bei einer zweiten Expertenrunde vorgestellt und mit den Teilnehmern diskutiert. Generell wurden die vorgestellten Ergebnisse in der Diskussion bestätigt. Zu einigen Punkten konnten noch wertvolle Detailkenntnisse aus der politisch-administrativen Praxis gewonnen werden, die in die Abschlusspublikation mit eingeflossen sind.

An der Expertenrunde teilgenommen haben:

- Herr Dr. Lothar Becker (Rechts- und Versicherungsamt Stadt Köln)
- Herr Mats Bastian Kunkel (Staatskanzlei Nordrhein-Westfalen)
- Herr Rainer Liebmann (Umwelt- und Verbraucherschutzamt der Stadt Köln)
- Frau Angela Spizig (Bürgermeisterin Stadt Köln)
- Herr Frieder Wolf (Büro für internationale Angelegenheiten Stadt Köln)

9. Vorstellung der Ergebnisse „Netzwerk Daseinsvorsorge in Köln“

Die Ergebnisse des Forschungsprojektes wurden bei der Auftaktveranstaltung des Kölner Netzwerks der Daseinsvorsorge am 18. Januar 2013 Spitzenvertretern aus Politik, Verwaltung, Wissenschaft und Wirtschaft vorgestellt. Aufgezeigt wurden die bestehenden und potentiellen Netzwerkpfade von Köln nach Brüssel zur Vertretung von kommunalen Interessen auf europäischer Ebene. Es wurde besonders auf verschiedene Handlungsoptionen eingegangen, durch die die Stadt Köln unter den bestehenden Rahmenbedingungen die eigene Interessenvertretung auf europäischer Ebene vertiefen und erweitern kann. Anschließend fanden Diskussionen mit allen Teilnehmern in Foren zu den Themen „Utilities“ (Energie, Wasser, Verkehr, u.a.), „Soziales, Bildung, Gesundheit, Kultur, Wohnen“ und „Öffentliches Kreditwesen“ statt.

10. Präsentation der Ergebnisse im Ratsausschuss „AVR“

Die Ergebnisse des Forschungsprojektes wurden im Ratsausschuss „Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales“ der Stadt Köln am 22. April 2013 vorgestellt.

11. Verschriftlichung und Publikation der Forschungsergebnisse

Die Ergebnisse des Forschungsprojektes wurden gemeinsam von der Fachhochschule Köln und der Universität zu Köln in einem Forschungsbericht verschriftlicht. Der Forschungsbericht wurde redaktionell überarbeitet und am 01. Juni 2013 in Buchform veröffentlicht:

Eckert, Katharina/ Heuer, Christoph / Schubert, Herbert/ Spieckermann, Holger/Wessels, Wolfgang (2013): Die Stadt Köln als kommunaler Akteur im EU-Mehrebenensystem nach dem Vertrag von Lissabon. Veränderte Opportunitätsstrukturen und Netzwerkpfade zur europäischen Politikgestaltung. Köln: Verlag Sozial • Raum • Management.

D. Finanzen

Während der Projektlaufzeit wurden für die Universität zu Köln zwei bei der RheinEnergieStiftung beantragte Umwidmungen bewilligt. Für die professionelle Transkription der Experteninterviews wurde am 13.06.2012 eine Umwidmung von 1252,18 Euro aus dem Bereich „Sach-/Reisekosten“ hin zu „Honorarkosten“ bewilligt. Für die Verlängerung der Stelle einer wissenschaftlichen Mitarbeiterin wurde am 22.01.2013 eine Umwidmung von 2.274,62 Euro aus dem Bereich "Sach-/Reisekosten" hin zu "Personalkosten" von der RheinEnergieStiftung bewilligt. Die Verlängerung der Mitarbeiterstelle war im Hinblick auf die aus dem Projekt hervorgehende Abschlusspublikation gemeinsam mit der Fachhochschule Köln und den Projektabschluss notwendig.

Die Umwidmungen aus den Mitteln für Sach-/Reisekosten war möglich, da bei der Organisation der Expertenrunden am 18.07.2011 und am 05.09.2012 im Projektantrag zunächst kalkulierte Kosten eingespart werden konnten. Dies war unter anderem durch die Unterstützung der Stadt Köln bei der Suche nach kostengünstigen Räumlichkeiten sowie den gering ausgefallenen Reisekostenerstattungen für die Teilnehmer möglich. Die restlichen Mittel wurden entsprechend den Angaben im Projektantrag ausgegeben. In der Gesamtfinanzierung des Projektes haben sich während der gesamten Projektlaufzeit keine Veränderungen ergeben.

E. Öffentlichkeitsarbeit

Die Außendarstellung des Projekts euconet erfolgte über eine Homepage und die Verwendung des Projektlogos. Die Homepage wurde regelmäßig aktualisiert. Sie ist zu erreichen unter: <http://www.euconet.uni-koeln.de/>.

Das Forschungsprojekt wurde auf der Veranstaltung „Netzwerk Daseinsvorsorge“ am 18. Januar 2013 sowie bei der Sitzung des Kölner Ratsausschusses „AVR“ am 22. April 2013 vorgestellt. Hierfür wurde ein Executive Summary verfasst, das in Kurzform die zentralen Ergebnisse des Forschungsprojektes präsentiert.

Zum Abschluss des Projektes erfolgt die Publikation der Forschungsergebnisse in Buchform.

II. Ergebnisse und Ausblick

Die Projektergebnisse und ein Ausblick sind ausführlich in der Abschlusspublikation des Forschungsprojektes dargestellt.

Eckert, Katharina/ Heuer, Christoph / Schubert, Herbert/ Spieckermann, Holger/Wessels, Wolfgang (2013): Die Stadt Köln als kommunaler Akteur im EU-

Mehrebenensystem nach dem Vertrag von Lissabon. Veränderte Opportunitätsstrukturen und Netzwerkpfade zur europäischen Politikgestaltung. Köln: Verlag Sozial • Raum • Management.

III. Executive Summary

Das Projekt fand im Berichtszeitraum von April 2011 bis Mai 2013 fortlaufend statt. Die erste Phase des Projektes diente der explorativen Erhebung. Das Feld wurde sondiert und es wurden umfangreiche Recherchen und Analysen zum Thema der kommunalen Daseinsvorsorge und Europabetroffenheit durchgeführt. Es stellte sich besonders die Frage, in welchen Politikbereichen Kommunen im Allgemeinen und die Stadt Köln als kommunaler Akteur im Speziellen besonders von europäischer Gesetzgebung betroffen sind. Einen zweiten Schwerpunkt der explorativen Phase bildete die Recherche der relevanten Schlüsselakteure für die Netzwerkerhebung. Im Rahmen der explorativen Projektphase fand am 18.07.2011 die erste Expertenrunde (im Projektantrag „Beirat“) statt. Teilgenommen haben für die Thematik zentrale Akteure aus Köln sowie von der Landes- und europäischen Ebene. Es wurden zwei Fragestellungen diskutiert um den Forschenden einen Überblick über das Thema zu ermöglichen und die Fragen der Experten an die Wissenschaft im Forschungsprozess berücksichtigen zu können:

- Welche Auswirkungen hat die EU-Politik auf die Stadt Köln, gegebenenfalls aufgrund des Vertrags von Lissabon?
- Welche Mitwirkungsmöglichkeiten hat die Stadt Köln? Welche Anpassungsstrategien verfolgt sie? Wie ist sie vernetzt?

Im Anschluß wurde das Forschungsdesign nach den neu gewonnenen Erkenntnissen modifiziert. Es wurde entschieden, dass es zielführender sei, statt des gesamten Netzwerks die horizontalen und vertikalen Netzwerkpfade bis zur europäischen Ebene hin zu erheben und zu analysieren. Des Weiteren wurde entschieden, die Analysen nicht auf zwei im Vorhinein festgelegte Politikfelder zu begrenzen.

Als Erhebungsinstrument wurde ein Fragebogen entwickelt, mit dem die Netzwerkstrategie, die Europabetroffenheit sowie die Europafähigkeit der Stadt Köln erhoben wurden. Aus den Daten der Netzwerkanalyse wurde eine umfassende Landkarte der Netzwerkpfade zwischen Köln und Brüssel erstellt. Die Dokumenten- und Vertragsanalyse wurden dem Forschungsdesign entsprechend vorbereitet. Es wurden verschiedene Dokumente der europäischen Institutionen, der Landesregierung und der Stadt Köln genutzt, beispielsweise die Geschäftsanweisung Internationale Angelegenheiten, der Jahresbericht des Europabüros und Protokolle aus verschiedenen Sitzungen mit Europabezug. Des Weiteren wurde der Vertrag von Lissabon auf seine Auswirkungen für deutsche Kommunen hin analysiert.

In der Zusammenführung der ersten Ergebnisse aus der Netzwerk- und der Dokumentenanalyse zeigten sich bemerkenswerte Abweichungen zwischen formalen Regelungen und gelebter Praxis. Diese wurden anschließend weiter ausgewertet und analysiert. Die ersten Ergebnisse und darauf

basierende Handlungsoptionen wurden bei einer zweiten Expertenrunde vorgestellt und mit den Teilnehmern diskutiert. Generell wurden die vorgestellten Ergebnisse in der Diskussion bestätigt. Zu einigen Punkten konnten noch wertvolle Detailkenntnisse aus der politisch-administrativen Praxis gewonnen werden, die in die Abschlusspublikation mit eingeflossen sind.

Die Ergebnisse des Forschungsprojektes wurden gemeinsam von der Fachhochschule Köln und der Universität zu Köln in einem Forschungsbericht verschriftlicht. Der Forschungsbericht wurde redaktionell überarbeitet und am 01. Juni 2013 in Buchform veröffentlicht.

IV. Anlage

Anlage: Abschlusspublikation.